

FDP

Die Liberalen

B.2■ Interkommunale
Zusammenarbeit**„Intensivierung interkommunaler Zusammenarbeit“**

Der Bezirksparteitag hat beschlossen:

Beschluss:

Interkommunale
ZusammenarbeitAntragsteller:
KV Mülheim

5

Die FDP-Mitglieder in den Räten der Ruhrgebietskommunen setzen sich konkret für die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit ein und fordern diese von ihren Verwaltungen. Gemeinsam verfolgen wir zukünftig das Ziel, weitreichende interkommunale Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Sicherung der Leistungen für die Bürger und als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung umzusetzen. Die Umsetzung wird politisch begleitet und kontrolliert. Die FDP macht damit deutlich, dass sie gegen Kahlschlag und für eine Änderung von Strukturen für die Bürger steht. Die Belange des Gemeindefinanzrechts gemäß § 108 GO NW bleiben dabei gewahrt. Kommunale Zusammenschlüsse dürfen nicht das Ziel der Ausweitung öffentlicher wirtschaftlicher Betätigung oder der Verdrängung kleinerer und mittlerer Betriebe bei Ausschreibungsverfahren verfolgen.

10

15

Begründung:

20

Viele Leistungen der kommunalen Verwaltung werden ohne einen direkten Bürgerkontakt erstellt oder sind aus politischer Sicht dem politischen Gestaltungswillen entzogen, weil ihre Erstellung gesetzlich geregelt ist. Darüber hinaus sind zahlreiche Leistungen innerhalb der Verwaltung Infrastrukturleistungen, wie beispw. die Bereitstellung von Technikunterstützung/Datenverarbeitung, Rechnungswesen/NKF. Es ist daher unerheblich, wo diese Leistungen erbracht werden, solange nicht per Gesetz die Erstellung in jeder Gemeinde vorgeschrieben ist.

25

30

Durch eine interkommunale Zusammenarbeit oder gar durch eine Erstellung dieser Leistungen unter einem Dach könnten viele Synergien genutzt werden, ohne dass es die Bürger merken würden und ohne die Leistungen einzuschränken.

35

Vorschläge liegen in den Verwaltungen in einer Vielzahl vor. Es sollten jedoch einmal alle Produkte auf den Prüfstand. Die Problematik besteht im mangelnden Umsetzungswillen (Kirchturmdenken) und in der bislang praktizierten Vorgehensweise. Solange die Verwaltungen selbst, ohne Unterstützung der Politik, tiefgreifende und eben nicht nur kleinere Kooperationen prüfen und angehen, wird es keine weitreichenden positiven Entwicklungen geben.